

**Niederschrift**  
**über die Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses**  
**am 27.02.2018**

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)

Beginn: 17:00 Uhr

Sitzungspause: ./.

Ende: 18:50 Uhr

Anwesend:

SPD

Herr Brücher

Frau Gorsler

Stellv. Vorsitzende

Herr Kaufmann

Herr Schmalen

Frau Weißefeld

CDU

Herr Copertino

Herr Hüsemann

Herr Jung

Frau Schellong

(ab 17.25 Uhr)

Herr Wasyliw

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Holler-Göller

Herr Hood

Vorsitzender

Frau Kloss

BfB

Herr Bolte

Die Linke

Frau Bußmann

Bürgernähe/Piraten

Herr Gugat

Beratende Mitglieder

Frau Adilovic

Integrationsrat

Herr Buschmann

FDP-Gruppe

Herr Klein

Psychiatriebeirat

(ab 17.30 Uhr)

Herr Schneck

Beirat für Behindertenfragen

Verwaltung

Beigeordneter Herr Nürnberger  
Beigeordnete Frau Ritschel  
Frau Dr. Delius

Frau Krutwage

Frau Schulz

Herr Metzger

Herr Arend

Herr Linnenbürger

Dezernat 5

Dezernat 3

Gesundheits-, Veterinär- und  
Lebensmittelüberwachungsamt

Büro für Integrierte Sozialpla-  
nung und Prävention

Amt für soziale Leistungen

-Sozialamt-

Bauamt

Amt für soziale Leistungen

-Sozialamt-

Stab Dezernat 5

Gäste:

Frau Hopster

AGW

Schriftführung

Frau Krumme

Amt für soziale Leistungen

-Sozialamt-

**Öffentliche Sitzung:**

**Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Vorsitzender Herr Hood begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Änderungen zur Tagesordnung gibt es nicht.

**Zu Punkt 1**

**Verpflichtung von Frau Mönkemöller als neues stellvertretendes Mitglied der SPD-Fraktion**

Frau Mönkemöller ist erkrankt. Ihre Verpflichtung wird in die nächste Sitzung verschoben.

-.-.-

**Zu Punkt 2**

**Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 31. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 23.01.2018**

Herr Copertino bittet um Vertagung der Genehmigung in die nächste Sitzung. Es gibt keine Einwände.

- vertagt -

-.-.-

**Zu Punkt 3**

**Mitteilungen**

**Zu Punkt 3.1**

**Mietspiegel 2018**

Herr Metzger informiert über den Mietspiegel 2018, der auf Grundlage einer Vollerhebung erstellt worden sei. Die Mieten seien erwartungsgemäß angestiegen. Je nach Baujahresgruppe zwischen 5 – 15 %.

Die entsprechenden Flyer liegen zur Mitnahme bereit.

-.-.-

**Zu Punkt 3.2**

**Bielefelder Aktionswochen: Rassismus nicht mit mir!**

Vorsitzender Herr Hood verweist auf die Bielefelder Aktionswochen vom 01. – 31.03.2018.

Das Veranstaltungsprogramm liegt zur Mitnahme aus.

-.-.-

**Zu Punkt 3.2.1 12.03.2018, 18.00 Uhr: „Du heute nicht!“ –Einlasspraxis an Bielefelder Diskothekentüren**

Im Rahmen der Bielefelder Aktionswochen hebt Vorsitzender Herr Hood eine Veranstaltung des Integrationsrates in Kooperation mit der DEHOGA Ostwestfalen und dem Kommunalen Integrationszentrum hervor. Sie findet am 12.03.2018 um 18 Uhr im Großen Saal des Neuen Rathauses statt.

-.-.-

**Zu Punkt 3.3 SGA-Sitzung am 15.05.2018**

Vorsitzender Herr Hood teilt mit, dass für die angekündigte SGA-Sitzung außerhalb des Rathauses, nunmehr Kontakt zu zwei Altenhilfeeinrichtungen aufgenommen worden sei. Beide Einrichtungen seien mit dem ÖPNV gut erreichbar. Schwerpunktmäßig würde in der Sitzung am 15.05.2018 dann das Thema Pflege behandelt werden.

Die Anwesenden haben keine Einwände.

-.-.-

**Zu Punkt 3.4 Sitzungsraumänderungen**

Vorsitzender Herr Hood informiert über Gespräche mit dem Vorsitzenden des Schul- und Sportausschusses (SchA), wie zukünftig die knappen beliebten Raumressourcen genutzt werden könnten. Abweichend von den vergangenen Jahren, tagen in diesem Jahr der SchA und der SGA immer zeitgleich. Er habe sich mit dem Vorsitzenden des SchA dahingehend geeinigt, dass der SchA nach der Sommerpause bis zum Jahresende seine Sitzungen im Rochdale Raum abhalten könne. Der SGA würde dann im Nowgorod Raum tagen.

Die Anwesenden haben keine Einwände.

-.-.-

**Zu Punkt 3.5 Infoveranstaltung über die Ergebnisse der dezernatsübergreifenden Projektgruppe „Schaffung von Wohnraum“**

Vorsitzender Herr Hood kritisiert, dass eine Einladung zu der genannten Infoveranstaltung nur an Mitglieder des Stadtentwicklungsausschusses gegangen sei. Da sich der SGA auch intensiv um die Schaffung von sozialem Wohnraum bemühe, sei es wünschenswert gewesen, die SGA-Mitglieder auch zu dieser Veranstaltung am 28.02.2018 einzuladen.

Vorsitzender Herr Hood bittet die Verwaltung, dies an das Dezernat 4 „Wirtschaft-Stadtentwicklung-Mobilität“ weiterzugeben.

-.-.-

## Zu Punkt 4 Anfragen

### Zu Punkt 4.1 Impfungen (Anfrage der FDP-Ratsgruppe vom 19.02.2018)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6270/2014-2020

Vorsitzender Herr Hood verweist auf die als Tischvorlage verteilte Antwort der Verwaltung (**Anlage 1**).

Herr Buschmann sieht seine Informationen aus Gesprächen mit Betroffenen bestätigt. Er kritisiert allerdings, dass anonymisierte Informationen über den Impfstatus nicht an Eltern in einer Kita weitergegeben würden. Demgegenüber stehe für ihn auch das Recht auf Information, vor dem Hintergrund des Krankheitsverlaufes bei nicht geimpften Kindern.

Beigeordneter Herr Nürnberger macht deutlich, dass die Verwaltung aus dem Gesetz heraus keine Handlungsmöglichkeiten habe. Solange es keine Lösungsmöglichkeiten gebe, würden die Informationen nur zu Verunsicherung führen.

Frau Weißenfeld teilt mit, dass Herr Epp im Jugendhilfeausschuss darüber informiert habe, dass ein fehlender Impfschutz bei Kindern in Bielefeld im Moment kein Problem darstelle.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

### Zu Punkt 4.2 Hebammenbetreuung (Anfrage der Fraktion Die Linke vom 20.02.2018)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6272/2014-2020

Vorsitzender Herr Hood verweist auf die als Tischvorlage verteilte Antwort der Verwaltung (**Anlage 2**).

Frau Bußmann bewertet die Antwort für zu allgemein und hätte sich konkretere Informationen gewünscht.

Beigeordnete Frau Ritschel teilt mit, dass eine Rückmeldung der Hebammenzentrale fehle. Konkretere Aussagen seien deshalb nicht möglich. Ihr sei bewusst, dass es Versorgungsengpässe gebe. Die Stadt Bielefeld sei allerdings keine Handlungsverantwortliche und könne daher kaum Einfluss nehmen.

Frau Weißenfeld berichtet, dass der Jugendhilfeausschuss mindestens einmal jährlich über Familienhebammen informiert werde.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

---

**Zu Punkt 4.3 Wohnungslosigkeit in Bielefeld (Anfrage der Fraktion Die Linke vom 20.02.2018)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6273/2014-2020

Vorsitzender Herr Hood verweist auf die als Tischvorlage verteilte Antwort der Verwaltung (**Anlage 3**).

Auf Nachfrage von Frau Bußmann führt Frau Schulz aus, dass mit dem neuen Konzept zur Versorgung von Wohnungslosen vereinbart worden sei, dass nach max. sechs Monaten eine Anschlussperspektive vorliegen solle. Dabei müsse entschieden werden, ob ein Wohnungsloser weiterhin Begleitung benötige oder er zu Angeboten des Regelsystems hingeführt werden könne. Somit solle vermieden werden, dass Wohnungslose ohne Perspektive immer wieder in Unterkünften untergebracht werden müssten.

Frau Schulz teilt auf Nachfrage von Vorsitzendem Herrn Hood mit, dass bei der derzeitigen Temperaturlage niemand draußen schlafen müsste. Es stünden ausreichend Plätze zur Verfügung und es seien noch nicht mal alle belegt. Sollten alle städtischen Plätze belegt sein, könnte Bethel.regional noch zusätzliche Plätze zur Verfügung stellen. Die Höchstverweildauer von drei Übernachtungstagen in Notunterkünften, sei aufgrund der anhaltenden Kälteperiode ausgesetzt worden. Darüber hinaus gebe es immer noch Menschen, die sich nicht in geschlossenen Räumen aufhalten könnten. Diese Personen sind den Sozialarbeitern von Bethel.regional bekannt und sie stehen mit ihnen in Kontakt.

Herr Gugat bittet die Verwaltung, die Bürger über Handlungsmöglichkeiten zu informieren, wenn ihnen eine hilflose Person auf der Straße auffalle.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

---

**Zu Punkt 5 Anträge**

**Zu Punkt 5.1 Ist-Aufwendungen und Ist-Erträge der Flüchtlingsversorgung der Jahre 2016 und 2017 (Antrag der CDU-Fraktion vom 16.02.2018)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6250/2014-2020

Herr Copertino verweist auf die schriftliche Begründung im Antrag, die keiner weiteren Erklärung bedürfe.

Beigeordneter Herr Nürnberger teilt mit, dass nach Mitteilung der Kämmererei für das Haushaltsjahr 2017 noch bis einschließlich April 2018 Nachbuchungen vorgenommen würden. Er bittet deshalb darum, die Auswertungen für 2016 und 2017 in der Mai-Sitzung vorlegen zu können.

Herr Holler-Göller und Herr Brücher stimmen zu.

Herr Copertino ist mit einer Berichterstattung am 15.05.2018 einverstanden, fordert aber, dass der Beschluss entsprechend angepasst wird.

Vorsitzender Herr Hood bittet um Abstimmung über den geänderten Beschlussvorschlag.

**Beschluss:**

**Die Verwaltung wird gebeten, für die Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 15.05.2018 eine Übersicht über die Ist-Aufwendungen und Ist-Erträge der Flüchtlingsversorgung der Jahre 2016 und 2017 vorzulegen.**

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

---

**Zu Punkt 6 Weiterentwicklung der Angebote für Menschen in besonderen Lebenslagen**

Vorsitzender Herr Hood verweist auf die vorliegenden Beschlussvorlagen unter TOP 6.1 und 6.2, mit denen das Angebot für Menschen in besonderen Lebenslagen erweitert werden solle.

In Ergänzung der vorliegenden Beschlussvorlagen bittet Beigeordneter Herr Nürnberger die Anwesenden, die beiden Vorlagen im Gesamtkonzept zu sehen.

Im Stadthallenumfeld „Tüte“ gebe es den ordnungsrechtlichen Aspekt sowie die beabsichtigten baulichen Veränderungen, die im Dezernat von Beigeordneter Frau Ritschel umgesetzt würden, sowie die hinlänglich bekannte polizeiliche Präsenz. Die nunmehr beabsichtigte Weiterentwicklung der Angebote stelle eine Ausweitung der sozialen Begleitung und eine Qualitätserhöhung der Angebote dar. Beide Vorschläge umfassen einen hohen finanziellen Rahmen. Die Verwaltung schlägt deshalb vor, die Veränderungen zunächst als Modelle umzusetzen und zu begleiten. Die Wirkung werde im Rahmen einer Evaluation ermittelt. Einen ersten

Zwischenbericht werde es nach der Sommerpause geben. Die abschließende Evaluation nach einem Jahr werde dann die Entscheidungsgrundlage für das weitere zukünftige Vorgehen im Stadthallenumfeld „Tüte“ bilden.

## **Zu Punkt 6.1 Drogenkonsumraum im Drogenhilfezentrum an der Borsigstraße**

### Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5999/2014-2020

Herr Brücher begrüßt das Projekt und hebt nochmals die Notwendigkeit hervor, die Situation für die Menschen im Stadthallenumfeld zu verändern. Er unterstützt die Evaluation.

Vor dem Hintergrund des Gesamtkonzeptes bewertet Frau Kloss den Vorschlag der Verwaltung als Erweiterung eines niedrigschwelligen Angebotes, in dem die vielschichtigen Problemlagen Berücksichtigung finden.

Herr Buschmann unterstützt die Ausweitung der Öffnungszeiten und schlägt vor, diese entsprechend der bestehenden Bedarfe so weit wie möglich auszudehnen.

Herr Copertino stimmt der Vorlage zu, fordert aber weiterhin, dass die Verwaltung Alternativstandorte prüfe. Als Teil eines Gesamtkonzeptes bewerte die CDU-Fraktion diese Vorlage nicht, da sie mit den vorgeschlagenen baulichen Veränderungen nicht einverstanden sei; die Entscheidungsbefugnis darüber allerdings bei der BV Mitte liege.

Beigeordneter Herr Nürnberger führt aus, dass die Zusammenhänge zwischen den vorgeschlagenen Veränderungen und der erhofften Entlastung des Bahnhofsumfeldes sehr genau geprüft werde. Die bisherigen Zugangsregelungen für das Drogenhilfezentrum (DHZ) würden nicht verändert. Nach wie vor dürfen ausschließlich Bielefelder Bürger das DHZ aufsuchen. Bielefeld wolle nicht zum Anziehungspunkt werden. Der zu verzeichnende Anstieg der Konsumvorgänge sei nicht in der Zunahme der Abhängigen begründet, sondern in dem seit 2016 möglichen Beikonsum von Methadon-Substituierten.

Herr Bolte befürwortet neben den baulichen Veränderungen im Stadthallenumfeld auch die Öffnungszeiten-Erweiterung im DHZ, halte sie mit 18 Wochenstunden allerdings für zu gering. Er schlägt eine weitergehende Erhöhung der Wochenstunden vor, die bei mangelnder Nachfrage entsprechend gekürzt werden könnte.

Frau Bußmann stimmt den Veränderungen zu und sieht in der Ausweitung der sozialarbeiterischen Betreuung eine große Chance, die Situation für die Menschen zu verbessern. Sie regt eine Erweiterung der Öffnungszeiten des DHZ auch am Sonntag an.

Im Namen der AGW begrüßt Frau Hopster die Angebotserweiterung für Menschen in besonderen Lebenslagen. Sie bittet bei der Evaluation auch die umliegenden Quartiere und dabei speziell auch die Entwicklungen im

Ostmanturmviertel und am Kesselbrink zu betrachten.

Herr Gugat begrüßt ebenfalls die Erweiterung der Öffnungszeiten und bittet, eine Ausweitung auf den Sonntag zu prüfen.

Herr Klein teilt mit, dass der Psychiatriebeirat beide Beschlussvorlagen am 21.02.2018 einstimmig beschlossen habe. Die Evaluation werde mit Spannung erwartet. Die Nachhaltigkeit des Angebotes sei sehr erwünscht.

Beigeordneter Herr Nürnberger gibt zu bedenken, dass eine weitere Aufstockung der Öffnungszeiten eine weitere deutliche Erhöhung des Finanzrahmens erforderlich machen würde. Nach Ansicht der Drogenberatung müssten die Menschen auch ein Stück weit selbstständig bleiben. Ob ein Bedarf am Sonntag vorliege und somit eine Rundumversorgung sinnvoll sei, sollte im Rahmen der Evaluation betrachtet werden. Mit den Akteuren im angrenzenden Quartier sei man im Gespräch und die Entwicklung würde aufmerksam beobachtet werden.

### **Beschluss:**

**Der Sozial- und Gesundheitsausschuss beschließt,**

- 1. den Drogenkonsumraum im Drogenhilfzentrum an der Bor-sigstraße auszubauen und**
- 2. die bisherigen Öffnungszeiten des Drogenhilfzentrums in einer Modellphase bis Ende 2018 um 18 Wochenstunden zu verlängern.**

**Die Auswirkungen der Verlängerung der Öffnungszeiten werden evaluiert und in einem ersten Zwischenbericht in der zweiten Jahreshälfte 2018 vorgestellt.**

- 3. Die zusätzlichen Kosten für die Angebotserweiterungen des Drogenhilfzentrums sind im Rahmen des Haushaltsvollzugs 2018 aus der Produktgruppe 11.05.03 zu decken. Die Auswirkungen für die Folgejahre werden im Rahmen der Hausplanung 2019 ff. berücksichtigt.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

## **Zu Punkt 6.2**

### **Umnutzung der ehemaligen Flüchtlingsunterkunft an der Ernst-Rein-Str. als ein Angebot für wohnungslose Menschen in Bielefeld**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5978/2014-2020

Die Anwesenden äußern sich durchweg positiv über das beabsichtigte Projekt.

Zu zahlreichen Fragen von Frau Kloss, Herrn Buschmann, Herrn Coper-

tino, Frau Hopster und Herrn Gugat führen Herr Arend und Beigeordneter Herr Nürnberger u. a. folgendes aus:

- Frauen in Obdachlosigkeit seien besonders gefährdet. Für sie würden bewusst Räume in einem separaten Container, in dem sich auch Büroräume befinden, geschaffen. Ihre Situation würde sehr genau beobachtet werden.
- Die Unterbringung fremder Menschen erfolge bereits in der Unterkunft „Kreuzstraße“, dies sei nicht neu. Sie könnten sich nur vorübergehend, max. sieben Tage im Monat, dort aufhalten. Die Einhaltung der max. Aufenthaltsdauer in der Unterkunft werde durch Nachhalten der Personalien sichergestellt. Langfristig soll sich dieses Angebot in der Ernst-Rein-Straße etablieren, so dass dieses spezielle Angebot in der Kreuzstraße eingestellt werden könne.
- Derzeit gebe es keinen Notstand bei den Übernachtungsmöglichkeiten, man wolle dem Risiko der Bedarfssteigerung allerdings vorgreifen. Das Angebot solle mit dem Projekt konzeptionell weiterentwickelt werden. Neben der Schaffung des „Sleep-In“ (individueller Nachtaufenthalt) solle auch eine individuelle Aufenthalts- bzw. Schlafmöglichkeit tagsüber geschaffen werden, dies sei besonders für die Winterzeit sehr wichtig. Dieses Angebot werde in anderen Städten bereits umgesetzt. Die Bielefelder Erfahrungen mit diesem neuen Angebot sollten abgewartet werden und dann könne ein Vergleich mit anderen Städten stattfinden. Gleichzeitig würde auch bei der Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) nach dort vorliegenden Erkenntnissen nachgefragt.
- Die Angebotsveränderung würde an das Streetwork-Projekt des Sozialdienstes angebunden und so unter den Betroffenen bekannt gemacht werden.
- Inwieweit die Unterkunft Ernst-Rein-Straße Auswirkungen auf die Situation im Stadthallenumfeld „Tüte“ und auf den Kesselbrink habe, bliebe abzuwarten.
- Alkoholkonsum werde nur geduldet, soweit die Personen nicht gewalttätig oder übergriffig würden.

Herr Klein informiert über den einstimmigen Beschluss des Psychiatriebeirates zu dieser Beschlussvorlage. Er sehe keine Schwierigkeiten der Inanspruchnahme bei den Menschen, die „Platte“ machen oder bei wohnungslosen Menschen mit psychischen bzw. Suchterkrankungen. Die Anbindung an den Sozialdienst, der diese Menschen bereits betreue, sei sehr sinnvoll. Der Auftakt und die Entwicklung bleiben abzuwarten, es seien sehr schwierige und sehr unterschiedliche Personengruppen, an die man sich langsam herantasten müsse.

Vorsitzender Herr Hood wünscht den Akteuren viel Erfolg und der entsprechende Erfahrungsbericht werde erwartet.

### **Beschluss:**

**Der Sozial- und Gesundheitsausschuss beschließt, die Umnutzung der ehemaligen Flüchtlingsunterkunft an der Ernst-Rein-Straße als ein Angebot an wohnungslose Menschen in Bielefeld zu erproben.**

**Die Erprobung läuft vom 01.04.2018 bis 31.03.2019.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 7 Integration von Flüchtlingen in Bielefeld**

Beigeordneter Herr Nürnberger teilt mit, dass im März 2018 der Containerstandort „Herforder Straße“ geschlossen werde. Die derzeit dort noch wohnenden 20 Personen würden in andere Unterkünfte umziehen und dabei auch sozialarbeiterisch betreut werden. Im Ortsteil Jöllenbeck seien die ersten Bewohner in ein Haus der Solion-Bau eingezogen. Zwischenzeitlich sei es fast vollständig belegt. Auch dort sei ein Sozialarbeiter zeitweise vor Ort. Hinzu komme eine sehr aktive ehrenamtliche Gruppe.

Es gibt keine Fragen, der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

**Zu Punkt 7.1 Projektauftrag "Stärkung der Elternarbeit an Grundschulen"**Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6220/2014-2020

Frau Krutwage erläutert die wesentlichen Punkte der Vorlage und verweist in diesem Zusammenhang auf den SGA-Beschluss vom 11.07.2017, in dem sich für eine Projektmittelvergabe im Rahmen von Projektaufträgen ausgesprochen worden sei. Insgesamt sollen hierfür 25.000 € der Projektmittel verwendet werden. Da es sich um Finanzmittel aus dem Budget des „Handlungskonzeptes zur Aufnahme von Flüchtlingen in der Stadt Bielefeld“ handle, soll das Vergabegremium über diese Projektanträge entscheiden. Der Aufbau eines neuen Verfahrens sei nicht gewollt.

Auf eine Forderung von Frau Kloss, nach der nicht nur Mütter, sondern auch Väter in die Elternarbeit mit einbezogen werden sollten, teilt Frau Krutwage mit, dass es schon bei den geflüchteten Frauen sehr schwierig sei, sie in die Elternarbeit mit einzubinden.

Aufgrund der Vielzahl der bereits bestehenden Projekte schlägt Frau Hopster vor, dass in den Anträgen auch die Verzahnung mit bestehenden Projekten deutlich gemacht werden solle. In Grundschulen mit vielen Flüchtlingskindern würde bereits viel Unterstützung durch die Schulsozialarbeit erfolgen. Ein Herabsetzen der Förderung von 500 € auf 300 € je Projekt, wie von Herrn Gugat vorgeschlagen, bewertet sie als nicht zielführend. Die Schwierigkeiten beim Zugang zu den geflüchteten Kindern und deren Eltern beruhen nicht auf dem Mangel an zur Verfügung stehenden Finanzmitteln, sondern in der Akzeptanz der Eltern. Hierfür müssten neue Zugangswege ausprobiert werden. Solche neuen Wege erforderten in der Entwicklung viel Aufwand und deshalb sollte die Projektsomme bei 500 € bleiben.

Fragen von Frau Weißenfeld, Frau Kloss und Frau Adilovic werden beantwortet.

Herr Copertino bemängelt, dass weder aus dem Beschlussvorschlag noch aus der Begründung hervorgehe, dass das Vergabegremium über diese eingehenden Anträge entscheide. Nach seiner Auffassung geben die Richtlinien des Vergabegremiums keinen Spielraum für Ausnahmestände, deshalb fordere er eine Änderung der Richtlinie, bevor dieser Projektauftrag beschlossen werde. Inhaltlich stimme er der Vorlage zu.

Nach einer eingehenden Diskussion zwischen Frau Krutwage, Beigeordneten Herrn Nürnberger, Herrn Copertino, Herrn Bolte und Vorsitzenden Herrn Hood, einigen sich die Anwesenden darauf, dass die Vorlage, vorbehaltlich der Änderung der Richtlinien in der April-Sitzung des SGA, beschlossen wird.

Vorsitzender Herr Hood weist abschließend nochmal darauf hin, dass das Vergabegremium bei den eingehenden Projektanträgen auf die Darstellung der Verzahnung mit bereits bestehenden Projekten zu achten habe.

**Beschluss:**

**Der Sozial- und Gesundheitsausschuss beschließt, vorbehaltlich der Änderung der Richtlinien des Vergabegremiums in der nächsten Sitzung, den Projektauftrag „Stärkung der Elternarbeit an Grundschulen“. Abweichend von den „Richtlinien zur Vergaben von Projektmitteln im Rahmen des Handlungskonzeptes zur Aufnahme von Flüchtlingen in der Stadt Bielefeld“ ist dabei eine Förderung von Projekten ab 500,00 € möglich.**

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 8**

**Umsetzung der Ziele- und Maßnahmenplanung 2017**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6156/2014-2020

Ohne weitere Aussprache nimmt der Ausschuss die Informationsvorlage zur Kenntnis.

-.-.-

**Zu Punkt 9****Ziele und Maßnahmen für ein Soziales Bielefeld 2018**Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6013/2014-2020

Vorsitzender Herr Hood teilt mit, dass die Befassung mit den Zielen und Maßnahmen für 2018 in zwei Lesungen vorgenommen werde. Zunächst würden exemplarisch Beispiele aus den Bereichen

- Ältere Menschen
- Menschen mit Behinderung
- Geflüchtete Menschen
- LSBTI\*
- Bürgerfreundliches Sozialdezernat

vorgestellt.

Beigeordneter Herr Nürnberger gibt einen allgemeinen Überblick über die Ziele und Maßnahmen 2018 (**Anlage 4**).

Frau Schulz erläutert exemplarisch die Maßnahme „Optimierung der Beratung und Unterstützung von Grundsicherungsempfängerinnen und –empfängern“ (Seite 57 der Vorlage). Hierbei sollen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Wohnberatung, der Schwerbehindertenberatung und der Grundsicherung auch für die soziale und gesellschaftliche Teilhabe der Hilfeempfängerinnen und –empfänger sensibilisiert werden.

Frau Krutwage stellt die „Plakataktion zur Sensibilisierung für das Thema Demenz“ (Seite 61 der Vorlage) vor. Mit dieser Öffentlichkeitsaktion solle Menschen mit Demenz, unter Berücksichtigung ihrer lebensgeschichtlich begründeten Wünsche und Bedürfnisse, die gesellschaftliche Teilhabe gesichert werden.

Herr Holler-Göller bedankt sich für die gute Zusammenstellung der Maßnahmen. Seine Fragen werden von Frau Krutwage beantwortet.

Frau Gorsler schließt sich dem Dank an und bewertet die Vorlage als angenehm lesbar und auch innerhalb der Maßnahmen nachvollziehbar.

Vorsitzender Herr Hood verweist mit Blick auf die nächste SGA-Sitzung auf die Bereiche

- Arbeitssuchende Menschen
- Wohnen
- Quartiersentwicklung

hin. Hierzu würden in der nächsten Sitzung u. a. Herr Radloff und Herr Siegeroth eingeladen werden.

1. Lesung -

**Zu Punkt 10**      **Auflösung von Arbeitsgruppen, Projektgruppen u. ä.**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5998/2014-2020

Vorsitzender Herr Hood verweist auf die „Arbeitsgruppe zur Weiterentwicklung der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen“, die in der Wahlperiode 2009 – 2014 tätig gewesen sei. Hierzu sei noch ein formaler Auflösungsbeschluss notwendig.

Es gibt keine Fragen.

**Beschluss:**

**Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat, die Arbeitsgruppe zur Weiterentwicklung der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen, aufzulösen.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 11**      **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen**  
**- Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

Frau Schulz teilt mit, dass über keinen Sachstand zu berichten sei. Für die nächste Sitzung kündigt sie u. a. eine Berichterstattung der Verbraucherzentrale zum Thema „Energiearmut bekämpfen“ und das Wohnungsmarktbarometer 2018 des Bauamtes an.

-.-.-

Vorsitzender Herr Hood stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

---

Hood  
(Vorsitzender)

---

Krumme  
(Schriftführung)